

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## Protokoll

### 23. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 08.11.2018
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:15 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	BVV-Saal, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

---

Anwesend sind:

(siehe Anwesenheitsliste)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### **Protokoll:**

#### Öffentlicher Teil

#### **zu 1 Begrüßung und Genehmigung des Protokolls**

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder, die Vertreter des Bezirksamt sowie die Gäste.

Herr BV Radloff-Gleitze von der Fraktion der SPD wird als neues Mitglied begrüßt.

#### **zu 2 Genehmigung der Protokolle**

##### **zu 2.1 zur 21. Sitzung am 06.09.2018 - öffentlicher Teil**

Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt.

##### **zu 2.2 zur 22. Sitzung am 04.10.2018**

Der TOP wird vertagt.

#### **zu 3 Jugendsozialarbeit am Alexanderplatz**

Gäste: Leiter des Polizeiabschnitts 32, Herr PD René Behrendt  
Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Frau POR'in Kerstin Klimsch  
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Frau Kunzler, fachlich zuständig für das Projekt JARA, Moabiter Ratschlag, Platzmanagement Alexanderplatz, Frau Kathrin Lehnen

In Erweiterung des Platzmanagements am Alexanderplatz wird seit November 2017 im Rahmen des Projekts „JugendAktionsRaum am Alexanderplatz“ Jugendlichen, insbesondere männlichen geflüchteten Jugendlichen, eine Begegnungs- und Beratungsstätte angeboten. Dieses Angebot, das durch den Träger Moabiter Ratschlag e.V. in Zusammenarbeit mit weiteren Trägern umgesetzt wird, ergänze die polizeilichen Maßnahmen vor Ort und basiere auf einem Kooperationsvertrag zwischen der Senatsverwaltung, dem Moabiter Ratschlag und dem Bezirk Mitte.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie fördert dieses Projekt als Teil des

Maßnahmepakets „frühzeitige Integration von jungen Geflüchteten“.

Seit dem Beginn des Projekts sei dem JHA mehrfach berichtet worden, dass die Polizei den Trägern die Arbeit am diesem Projekt erschwere und dass gemeinsame Gespräche nicht zur Verbesserung der Situation beigetragen hätten.

Der Vorsitzende begrüßt

- Herrn Behrendt als Vertreter der Polizei,
- Frau Klimsch als Vertreterin für die Senatsverwaltung für Inneres und Sport,
- Frau Schwarzburger und Frau Kunzler als Vertreterinnen für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie,
- Frau Homann als Vertreterin für Frau Lehnen vom Moabiter Ratschlag e.V.
- sowie die weiteren Gäste der Träger Moabiter Ratschlag e.V. und Gangway e.V..

Die „Arbeitsgruppe „Alexanderplatz“ legt den Ausschussmitgliedern sowie den beteiligten Gästen eine Dokumentation über Polizeikontrollen in Form einer Liste vor.

Frau Homann berichtet über Erfahrungen und Eindrücke in der Zusammenarbeit mit der Polizei und merkt an, dass die Zusammenarbeit mit den Kräften des Abschnitts 32 funktioniere. Problematisch sei es mit den Kräften der Bundespolizei. Auffällig sei, dass Mädchen nicht kontrolliert würden, sondern nahezu ausschließlich männliche Jugendliche, vor allem mit dunkler Hautfarbe. Innerhalb des Containers gebe es keine Probleme, viele Jugendliche würden den Weg zum Container aufgrund der davor stattfindenden Polizeikontrollen jedoch nicht antreten. Geprüft werde, ob die Werkstatt des „Hauses der Statistik“ ergänzend angemietet werden könne.

Es bestehe der Wunsch nach einer Regelung zur konstruktiven Kommunikation mit der Polizei. Ggf. würde es helfen, wenn diese nicht in der Nähe des Containers kontrollierte.

Vertreter des Trägers Gangway e.V. berichten, dass die Kontrollen der Polizei die Arbeit der Streetworker durchaus erschwerten, eine „Bannmeile“ werde jedoch nicht von allen befürwortet.

Herr Behrendt berichtet, dass die Parallelität von Polizei- und Sozialarbeit am Alexanderplatz seit vielen Jahren Thema sei. Sie sei zudem notwendig und wichtig. Die Polizei müsse zur Bewertung des Einsatzes die Hintergründe, das Umfeld und das Potenzial der Klientel vor Ort berücksichtigen.

Die aktive Präsenz der Polizei bestehe aus 30 Kräften, von denen sich 2/3 im Rahmen einer Interessenbekundung freiwillig meldeten. Jede Kraft werde auf das Klientel und die Rahmenbedingungen vorbereitet und ein halbes Jahr am Alexanderplatz eingesetzt.

Herr Behrendt betont, dass das Projekt JARA von der Polizei vollends unterstützt werde und daher auf einer vertrauensbildende Arbeit gesetzt würde. Einzelne Vorkommnisse könnten nicht ausgeschlossen werden, umso wichtiger sei, sich dazu auszutauschen. Er begrüße die Initiative des regelmäßigen Austausches zwischen den Träger, der Senatsverwaltung und der Polizei.

Frau Klimsch erläutert, dass am Alexanderplatz Straftaten mit erheblicher Bedeutung verübt werden, aus diesem Grund seien anlassunabhängige Kontrollen möglich. Sie räumt ein, dass nicht alle Kräfte vor Ort das Handeln transparent erklären. Auch sie begrüße den Austausch zwischen den Trägern, der Senatsverwaltung und der Polizei.

Frau Schwarzburger bittet die Vertreter von JARA die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ebenfalls über Fälle zu informieren, die hier vorgelegte Liste sein nicht bekannt gewesen. Sie bittet zudem um regelmäßige Gespräche.

Frau Kunzler betont, dass der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie an einer Weiterfinanzierung sehr gelegen sei. Sie betont zudem, dass die Zusammenarbeit mit der Polizei sehr wichtig sei und begrüße daher die Austauschrunde.

Frau BzStRätin Dr. Obermeyer betont, dass auch dem Bezirk an der Weiterführung bzw. an der Verstetigung des Projekts sehr gelegen sei und daher unterstützen werde, damit die Rahmenbedingungen stimmen. Sie würde es zudem begrüßen, wenn das Projekt verstetigt würde.

Es wird festgehalten, dass der Träger Moabiter Ratschlag e.V. die Polizei, die Senatsverwaltung für Inneres und Sport sowie die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zu einer gemeinsamen Austauschrunde einladen werde. Herr Behrendt werde die Bundespolizei dazu einladen.

Frau Wolf (Jug R 1) bittet, als Regionaldienst ebenfalls an der Austauschrunde teilnehmen und damit fachlich begleiten zu dürfen.

Der Vorsitzende bittet, ihn nach dem gemeinsamen Gespräch über die Klärung bezüglich der hier angesprochenen Fälle zu informieren.

Frau Depil (Bürgerdeputierte) bittet bei Pressemitteilungen über den Alexanderplatz nicht nur über die Arbeit der Polizei und deren Erfolge zu berichten, sondern auch über die Präsenz von Sozialarbeitern vor Ort zu berichten.

## **zu 4**

### **zu 4.1**

#### **Mitteilungen des JHA-Vorsitzenden**

Sondersitzung bzgl. Trägerauswahl Kita Triftstraße 12:

Die Sondersitzung wird vom 29.11.2018 auf den 21.11.2018 ab 17:30 Uhr vorgezogen, um dem JHA-Vorsitzenden die Teilnahme ermöglichen zu können. Die Sitzung sei öffentlich.

Der Vorsitzende bittet, auch diejenigen Träger einzuladen und für evtl. Fragen zur Verfügung zu stehen, die die Konzepte bereits präsentiert haben.

Entsperrung von Haushaltsmitteln im Kapitel 4010 Titel 671 03

Der Vorsitzende informiert den JHA, dass der Hauptausschuss (HA) die Entscheidung zum Antrag auf Entsperrung von Haushaltsmitteln im Kapitel 4010 Titel 67103 in den Februar 2019 verschoben worden sei, mit der Begründung, dass erst Mitte Februar 2019 die konkreten Mengen bekannt seien.

Das Jugendamt berichtet, dass die Verwaltung die erforderlichen Daten vorbereitet hatte, es sei aber eine politische Entscheidung gewesen.

Der JHA stimmt bei einer Enthaltung der Fraktion der AfD zu, dass sich der Vorsitzende des JHA an den Vorsitzenden des HA schriftlich wende und die Notwendigkeit erläutere, die Entscheidung über die Entsperrung der Mittel in der Sitzung im Dezember 2018 vornehme.

Herr Wichert (AG Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit) ergänzt die Argumentation um die organisatorischen Aspekte, die in der Zeitschiene zu berücksichtigen seien.

## **zu 4.2**

### **des Bezirksamtes**

Frau BzStRätin Dr. Obermeyer informiert aus der Bezirksstadträt\*innen-Sitzung im Oktober 2018.

Ein großes Thema sei die Arbeitssituation in den Jugendämtern, konkret im Regionalen Sozialpädagogischen Dienst (RSD) gewesen. Die Senatsverwaltung für Finanzen und die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie habe sich auf einen Betreuungsschlüssel von 1:65 verständigt, d.h. der Richtwert von maximal 65 Fällen je Betreuer\*in soll angesetzt werden. Die hohe Fluktuation führe zu einem dauerhaften Defizit bei der Besetzung der Stellen. Würde der Betreuungsschlüssel von 1:65 angesetzt, würden weitere 13 Stellen fehlen. Dazu werde unter TOP 6 konkreter eingegangen.

Ein weiteres Thema sei die Situation der Kita-Plätze gewesen und damit zusammenhängend die Prüfung, ob die Senatsverwaltung mit den Kita-Eigenbetrieben eine Vereinbarung bzgl. der Ausbildung und des Quereinstiegs schließen sollte. Die Bezirke haben sich dagegen ausgesprochen, da es bereits eigene Vereinbarungen mit den kommunalen Eigenbetrieben gebe.

Frau Depil kritisiere die aus finanziellen Gründen gehemmte Ausbildungsbereitschaft der

Eigenbetriebe, obwohl diese nach den Veröffentlichungen im Amtsblatt Überschüsse erzielten. Frau BzStRätin Dr. Obermeyer erläutert, dass die von der Senatsverwaltung erwartete Quantität von den Eigenbetrieben nicht geleistet werden könnte. Zudem habe das Bezirksamt ein Interesse daran, selbst zu steuern.

Frau BzStRätin Dr. Obermeyer berichtet aus der Oktober-Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses, dass Flächen und Immobilien für Kinder, Jugendliche und Familien thematisiert worden seien. Der Beschluss werde im Nachgang zur heutigen Ausschusssitzung an die Mitglieder des JHA übersandt. Im JHA sei bereits über die Nutzungskonkurrenz gesprochen worden.

Bezüglich des unter TOP 4.1 besprochenen Antrags zur Entsperrung von Haushaltsmitteln betont sie, dass es sich nicht um eine Erhöhung des Ansatzes handle, sondern um die Entsperrung von bereits eingestellten Mitteln. Es handle sich somit nicht um außerplanmäßige Ausgaben, der Haushaltsplan soll zudem nicht überschritten werden.

Die Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut werde voraussichtlich am 09.11.2018 ein Positionspapier zum Thema „Alleinerziehung“ verabschieden. Dieses beinhalte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere den Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zu Verwaltungsleistungen. Das Familien-Servicebüro Mitte werde im weiteren Verlauf einen Input liefern.

Der „Welt-Mädchentag“ soll im kommenden Jahr seitens des Jugendamtes mit 5.000,- € finanziert werden.

Am 18.10.2018 habe der schulbezogene Fachtag „Jugendsozialarbeit“ stattgefunden. Frau Kroggel (Sprecherin der schulbezogenen Jugendsozialarbeit) berichtet, dass sich 95 Teilnehmer im Rahmen eines Workshops mit dem Thema befassten. Die Ergebnisse werden aufbereitet und dem JHA vorgestellt.

Der Ausschuss verständigt sich, das Thema „schulbezogene Jugendsozialarbeit“ auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des JHA zu nehmen. Das Thema Jugendberufshilfe werde infolgedessen verschoben. Das Jugendamt werde die Träger der Jugendberufshilfe informieren.

## **zu 5      Berichterstattung aus den AG'en 78**

### AG Kiezplenum Sparrplatz:

Herr Kühbauer berichtet, dass sich die AG mit dem Schwerpunktthema Sozialraumorientierung und –entwicklung beschäftigt habe, auch mit der Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Die Sitzung habe in der Brüder-Grimm-Grundschule stattgefunden, an der 90% der Schüler nichtdeutscher Herkunft seien. Es herrsche ein Mangel an Fachkräften und erforderlicher Ausstattung. Daran wird eine weitere, vertiefende Sitzung folgen.

### AG Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit:

Herr Wichert spricht die auf Wunsch des JHA verfasste Stellungnahme der AG zum Thema „Badstraße“ an, die den Ausschussmitgliedern vorliegt. Der Vorsitzende dankt der AG.

Der Ausschuss schließt sich der Stellungnahme an. Der Vorsitzende wird diese an das Bezirksamt weiterleiten.

### AG Mädchen und junge Frauen:

Frau Nadapdap berichtet zum „Weltmädchentag“, an dem mehr als 400 Besucherinnen teilnahmen, mit einer Altersspanne von 5 bis 80 Jahren. Dieser sei erfolgreich verlaufen. Sie sei froh, dass mit dem Antrag der BVV ein Haushaltstitel habe eingerichtet werden können, der die Planungen erleichtere.

## **zu 6      Rund um Hilfen zur Erziehung und Kinderschutz**

Der Bericht erfolgte mithilfe einer Präsentation, die den Ausschussmitgliedern vorab vorlag.

Frau Goral stellt die beteiligten Mitarbeiter\*innen des Bezirksamts vor und leitet mit ihnen gemeinsam durch die Präsentation.

Die Informationen zu „Hilfen zur Erziehung und Kinderschutz“ betreffen sowohl die rechtlichen Rahmenbedingungen, die personelle Ausstattung sowie die Pläne und Ziele. Die statistischen Auswertungen ordnen das Jugendamt Mitte im Vergleich mit den anderen Berliner Bezirken in ein Ranking ein.

An die Statistik knüpft sich eine Debatte an, in der die Vergleichbarkeit der Hilfsangebote und der Identifizierung von Hilfebedürftigen thematisiert wird. Auf Nachfragen der Ausschussmitglieder wird erläutert, dass die Hilfen im Vorfeld, somit die präventiven Hilfen, stärker ausgebaut werden sollten und darauf ausgerichtet seien, die Hilfe zur Erziehung (HzE) zu vermeiden. Die präventiven Hilfen wirkten sich somit auf die HzE aus.

Daran schließt sich eine ausführliche Debatte zur Frage der personelle Ausstattung und der Maßnahmen zur Besetzung offener Stellen an. Darunter fallen Themen wie Belastung und finanzieller Anreiz.

Frau Depil berichtet, dass in mehreren Bezirken das Fehlen von geeignetem Personal im Bereich der Sozialarbeit beklagt werde. Die Belastung sei offenbar ausschlaggebend, da in Hamburg die Kräfte besser bezahlt würden und dennoch eine hohe Fluktuation bestehe. Sie spricht zudem den Imageverlust des Berufsbereichs an.

Daran schließt sich eine Debatte über die möglichen Gründe der Arbeitsplatzwechsel an, die auch in der Person begründet sein könnten (kürzerer Arbeitsweg u.a.).

Frau Walther gibt zu bedenken, dass sich die Beschäftigten den Arbeitsplatz aussuchen könnten. Sollte die Situation nicht zum Positiven gewendet werden, würde in wenigen Jahren über den Erhalt des Systems debattiert, nicht über die Qualität.

Sie betont, dass sie die positiven Veränderungen sehe und hebt lobend die Bemühungen des Bezirksamts hervor.

Herr BV Kociolek von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen merkt an, dass der Erfolg der Prävention schwer messbar sei, was in den Debatten zum Haushalt deutlich werde. Er bestätigt aus Erfahrungen, dass der Wunsch nach Kontinuität für viele Beschäftigte sehr wichtig sei.

Herr BV Torno von der Fraktion der AfD regt an, die Perspektiven für die Beschäftigten deutlicher hervorzuheben, da sich diese auf die Motivation auswirkten.

Frau Schlizio-Jahnke regt an, an den Universitäten stärker mit Praktikumsangeboten zu werben. Die Beschäftigung im Jugendamt würde bei den Studenten transparenter und damit ggf. attraktiver.

Frau BzStRätin Dr. Obermeyer hält fest, dass es sich um Hilfen handle, auf die ein rechtlicher Anspruch bestehe, die Bezahlung der Kräfte die Notwendigkeit dieser Hilfen jedoch nicht spiegele. Sie begrüße, dass das Positionspapier der Senatsverwaltung E10 als Maßstab festlege und sich das Land Berlin gegenüber der Tarifgemeinschaft dafür eingesetzt habe. Der LJHA habe sogar E11 gefordert. Sie kritisiert, dass die Einstufung der Beschäftigten in der Sozialarbeit im Vergleich zur Einstufung anderer Beschäftigungsbereiche niedriger sei.

Ergänzend wird angemerkt, dass die Veränderungen in der Sozialarbeit berücksichtigt werden müssten und innovativ gedacht werden müsse.

Der Vorsitzende konstatiert, dass der Schwerpunkt bei der Fluktuation des Personals zu liegen scheine.

Frau BzStRätin Dr. Obermeyer hält abschließend fest, dass die Senatsverwaltung diesen Schwerpunkt ebenfalls sehe und daher eine Arbeitsgruppe eingerichtet habe, die sich mit diesen auch hier aufgeworfenen Fragen befasse.

**zu 7**      **Beschlussvorlage Raumsituation FamilienServiceBüro (wird nachgereicht)**  
Der TOP wird vertagt.

**zu 8**      **Beratung von Drucksachen**

**zu 8.1**     **Integration durch neue Jugendzentren in Mitte fördern!**  
**Drucksache: 1473/V**  
Der TOP wird vertagt.

**zu 9**      **Verschiedenes**

**zu 9.1**     **Inklusion, Brief des LJHA an die bezirklichen JHA's – Thema der JHA-Sitzung vom 04.10.2018 (BE: Marcus Lehmann)**  
Der TOP wird aufgrund Zeitablaufs vertagt.

**zu 9.2**     **Verabschiedung der BzStRätin, Frau Dr. Obermeyer**

Frau BzStRätin Dr. Obermeyer übernimmt ab 01.12.2018 die Leitung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Bauen.

Ihr Funktion als Bezirkstadträtin im Bezirksamt Mitte von Berlin endet somit zum 30.11.2018.

Der Vorsitzende dankt Frau BzStRätin Dr. Obermeyer für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Frau Dr. Obermeyer dankt dem Vorsitzenden und dem Ausschuss ebenfalls für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

gez.  
Tilo Siewer  
Vorsitzender

Ersek  
Protokollantin